



Planzeichenerklärung

Gemäß Planzeichenverordnung 1990 vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I, S. 58) in der aktuell gültigen Fassung und der Baunutzungsverordnung vom 21.11.2017 (BGBl. I, S. 3786) in der aktuell gültigen Fassung.

I. Bestandsangaben

	Gemarkungsgrenze	
	Flurgrenze	
	Flurstücks- bzw. Eigentumsgrenze	
	mit Grenzmal	
	Flurstücksnummer	

Im übrigen wird auf die Planzeichenvorschrift DIN 18702 für großmaßstäbige Karten und Pläne verwiesen.

II. Festsetzungen des Bebauungsplanes

1. Art der baulichen Nutzung (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, i.V.m. §§ 1 bis 11 BauNVO)

WA	Allgemeine Wohngebiete
----	------------------------

2. Maß der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, i. V. m. §§ 16 bis 21a BauNVO)
--

I, II usw.	Zahl der Vollgeschosse (Höchstmaß)
0,4	Grundflächenzahl
0,8	Geschossflächenzahl

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, i. V. m. §§ 22 u. 23 BauNVO)
--

Baugrenze

6. Verkehrsflächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)
--

zu erhaltende Einzelbäume

15. Sonstige Planzeichen

	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 u. 22 BauGB)
As	Zweckbestimmung: Abfallsammelanlagen
St	Stellplätze
	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (gem. § 9 Abs. 7 BauGB)

1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN gem. § 9 Abs. 1 BauGB und § 31 BauGB

Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen

Im Rahmen der nachstehenden textlichen Festsetzungen und der nebenstehenden Planzeichnung einschließlich Begründung sind auf der Basis des Vorhaben- und Erschließungsplanes ausschließlich die baulichen und sonstigen Nutzungen zulässig, zu denen sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag vom 30.03.2021 verpflichtet.

Vorhabenträger ist die H2T-Baugesellschaft mbH & Co.KG, Van-Delden-Straße 13, 48529 Nordhorn

Der Vorhaben- und Erschließungsplan ist Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und umfasst folgende Unterlagen:

- Vorhabenbeschreibung
- Lageplan im Maßstab 1 : 500
- Grundrisse, Ansichten und Schnitte im Maßstab 1 : 200

Außerdem sind folgende Unterlagen Bestandteil:

- Umweltplanerischer Fachbeitrag (IPW, 04.06.2020)
- Artenschutzbeitrag (Regionalplan und UVP, 31.08.2020)
- Maßnahmenkonzept zur Ausgleichsmaßnahme für den Steinkauz (Jan-Philipp Kunath, 26.10.2020)
- Schalltechnische Beurteilung (Zech Ingenieurgesellschaft, 04.08.2020)
- Wasserwirtschaftliche Vorplanung (IPW, 05.06.2020)

1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA) gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 4 BauNVO

Die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO)

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- Anlagen für Verwaltungen,
- Gartenbaubetriebe und
- Tankstellen

sind gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO generell nicht zulässig.

1.2 Höhenlage der Gebäude gem. § 9 Abs. 3 BauGB

Die Oberkante des fertigen Fußbodens im Erdgeschoss darf nicht höher als 76,50 m über Normalhöhennull (NN) liegen.

1.3 Gebäudehöhen / Traufhöhen gem. § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO

a) Die Gebäude dürfen eine Gesamthöhe / Firsthöhe von 10,00 m über der Oberkante fertiger Fußboden im Erdgeschoss nicht überschreiten.

b) Die unter a) festgesetzte Höhe darf ausnahmsweise um 1,00 m überschritten werden, wenn auf den Dächern Anlagen zur Solarenergienutzung installiert werden, z.B. Photovoltaik-Anlagen.

1.4 Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

- a) Für die vorgezogene Ausgleichsmaßnahme zur Erhaltung der Habitatanforderungen des Steinkauzes steht eine rd. 2,5 ha große Fläche in der Gemarkung Ohrbeck, Flur 3, Flurstück 318/82 zur Verfügung. Für die Fläche wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises ein artenschutzfachliches Ausgleichskonzept für den Steinkauz erarbeitet. Dieses umfasst folgende Maßnahmen:
 - Das Anbringen von 3 artspezifischen Nistkästen an geeigneten Bäumen innerhalb der randlichen Bepflanzung. Die Kästen sind jährlich im Herbst (September/Oktober) auf Funktionsfähigkeit zu prüfen und ggf. von Nistmaterial zu befreien.
 - Zur Entwicklung eines optimierten Nahrungshabitats für den Steinkauz sind kurzrasige Strukturen auf der Fläche durch Beweidung oder Mahd sicherzustellen. Eine Beweidung muss so ausgerichtet sein, dass ganzjährig kurzrasige Jagdflächen zur Verfügung stehen. Hierzu sollte Standweide von Mitte April bis Ende Oktober mit maximal 2 Großvieheinheiten durchgeführt werden. Eine Mahd hat so zu erfolgen, dass immer kurzrasige Flächen in einem Umfang von mindestens 5000 m² zur Verfügung stehen. Diese Flächen müssen je nach Wüchsigkeit mehrfach im Jahr gemäht werden. Bei den restlichen offenen Flächen reicht eine einmalige Mahd im Jahr ab Mitte Juni aus. Bei der Mahd sollen jeweils 10 % Altgrasstreifen nicht gemäht werden. Die „Altgrasstreifen“ sollen als Kleinsäuger- und Insektenhabitat dienen. Entlang des Wilkenbachs darf ein 5 Meter breiter Streifen nicht gemäht und nicht beweidet werden. Dieser Streifen dient als Sukzessionsfläche.
 - Auf einer Teilfläche von 7.000 m² sind 35 Obstbäume (Hochstämme) mit einem Abstand von 12 m zu pflanzen. Diese sind dauerhaft zu erhalten. Abgestorbene Bäume sind zu ersetzen. Es sind zu mindestens 70 % Apfelbäume sowie außerdem Kirschen, Birnen und Zwetschen zu pflanzen. Es ist auf einen ausreichenden Baumschutz zu achten. Die ersten zehn Jahre ist ein Erziehungsschnitt durchzuführen.
 - Es sind weiterhin 8 Ansitzwarten in Form von 1 m aus dem Boden ragenden Eichenspalltlingen aufzustellen und 3 Totholzhaufen im Anpflanzungsbereich in der Nähe der Nistkästen aufzuhaufen.



schwarz umrandet: Maßnahmenfläche
blaue Markierungen: Nistkästen für den Steinkauz
grüne Markierungen: Obstbäume
dunkel unterlegte Fläche: dauerhaft kurzrasiger Bereich

b) Anbringen von folgenden Ersatzquartieren im räumlich funktionalen Zusammenhang zum Plangebiet:

- 2 x Starenhöhlen / Fluglochweite Ø 45 mm
- 2 x Sperlingskoloniehäuser
- 2 x Dohlelnisthöhle,
- 2 x Halbhöhle,
- 2 x Nisthöhle Fluglochweite Ø 32 mm
- 8 x Fledermaus-Wandsysteme bzw. Fassadenröhren

z.B. von Schwegler oder vergleichbar.

c) Folgende Vorkehrungen zur Vermeidung sind durchzuführen, um Gefährdungen von Tier- und Pflanzenarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinien und von Vogelarten zu vermeiden oder zu mindern. Die Ermittlung der Verbotabstände gemäß § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG erfolgt unter Berücksichtigung folgender Vorkehrungen:

- Bau-, Abriss- und Rodungsarbeiten sind außerhalb der Brutzeit der Vögel und außerhalb der Sommerlebensphase der Fledermäuse (vom 1. März bis zum 30. September) durchzuführen.
- Unmittelbar vor Fallarbeiten sind die Bäume oder bei Abriss- und Sanierungsmaßnahmen die Gebäude durch eine sachkundige Person auf das aktuelle Vorkommen von höhlenbewohnenden Vogelarten sowie Fledermäuse zu überprüfen.
- Die nächtliche Beleuchtung ist fledermausfreundlich zu gestalten, damit Störungen der vorkommenden Fledermausarten vermieden werden. Die Beleuchtung ist so zu gestalten, dass eine Ausleuchtung der bestehenden Gehölzbestände vermieden wird. Die Beleuchtung sollte ausschließlich von oben erfolgen und so abgeblendet werden, dass kein direktes Licht zu den Seiten ausgestrahlt wird. Eine Beleuchtung ist nur an Orten anzubringen, an denen sie gebraucht wird, Bewegungsmelder und Dimmer können Energie einsparen und die Lichtimmission reduzieren. Es sollten insektenfreundliche Lampen und Leuchtmittel verwendet werden, die eine Temperatur von 60°C nicht über- und eine Wellenlänge von 590 nm nicht unterschreiten.

1.5 Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB

a) Mindestens 10 % der Grundstücksflächen sind mit naturnautypischen Gehölzen zu bepflanzen, z.B. als Heckenpflanzung entlang der Grundstücksgrenzen.

b) Auf dem Stellplatzbereich ist pro angefangene 8 Stellplätze ein hochstämmiger naturnautypischer Laubbaum (Stammumfang mindestens 18 - 20 cm in 1 m Höhe über Wurzelhals) zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.

2. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN gem. § 9 Abs. 6 BauGB und sonstige Hinweise

2.1 Überplanung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 5 „Sportplatz“

Durch die 2. vorhabenbezogene Änderung wird der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 5 „Sportplatz“ (Ursprungsplan) teilweise überplant. Mit Inkrafttreten der 2. vorhabenbezogenen Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Sportplatz“ werden für die überplanten Flächen alle zeichnerischen und textlichen Festsetzungen des Ursprungsplans unwirksam.

2.2 Archäologische Bodenfunde gem. § 14 Abs. 1 Nds. Denkmalschutzgesetz

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohlensammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gem. § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der zuständigen Denkmalschutzbehörde des Landkreises Osnabrück unverzüglich gemeldet werden.

Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.

2.3 Trinkwasserschutz / Wasserschutzgebiet

Das Plangebiet befindet sich innerhalb des „Wasserschutzgebiets Brunnen V - Gaste“, für das die Schutzgebietsverordnung vom 28.11.2001 gilt, die durch Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Weser-Ems am 14.12.2001 in Kraft getreten ist. Das Plangebiet liegt innerhalb der Schutzzone II.

Deshalb sind nach Angabe der Unteren Wasserbehörde beim Landkreis Osnabrück folgende Auflagen bei der nachfolgenden Realisierung zu beachten:

- Sämtliches auf versiegelten Flächen anfallende Niederschlagswasser ist der öffentlichen Kanalisation zuzuführen. Verkehrs- und Stellplatzflächen sind flüssigkeitsdicht auszuführen.
- Das im Plangebiet anfallende Abwasser ist auf möglichst kurzem Wege aus dem Schutzgebiet herauszuleiten. Ein Durchleiten von Abwasser durch die Schutzzone II ist unzulässig. Für den Bau von Abwasserleitungen sind die fachlichen Vorgaben des ATV-DVWK Arbeitsblattes A 142 zu beachten.
- Errichtung und Betrieb von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z.B. Heizöltanks) sind in der Schutzzone II und somit auch im Baugebiet verboten.
- Klassifizierte Straßen in der Schutzzone II sind gemäß den Vorgaben der „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten“ (RStiWag) zu errichten.
- Um eine Verminderung der schützenden Deckschichten auszuschließen, ist eine Unterkellerung von Gebäuden im Geltungsbereich des B-Planes nicht zulässig. Bodeneingriffe sind auf das erforderliche Maß zu reduzieren.
- Für die Verfüllung von Erdauflässen und Baugruben ist ausschließlich die Verwendung des zuvor entnommenen Bodenmaterials zulässig. Alternativ muss das zur Verfüllung verwendete Material die Anforderungen der Kategorie Z 0 der technischen Regel LAGA M 20 einhalten.
- Die Nutzung von Erdwärme ist im Baugebiet verboten.

2.4 DIN-Vorschriften

Die in den textlichen Festsetzungen genannten DIN-Vorschriften können in der Abteilung „Planen, Bauen und Umwelt“ der Gemeinde Hasbergen, „Martin-Luther-Straße“ 12, 49205 Hasbergen während der Öffnungszeiten des Rathauses eingesehen werden

Präambel und Ausfertigung

Aufgrund der §§ 1 Abs. 3 und 10 und 13a des Baugesetzbuches (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in der aktuell gültigen Fassung und der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) in der aktuell gültigen Fassung, hat der Rat der Gemeinde Hasbergen diesen Bebauungsplan Nr. 5 „Sportplatz“, 2. Vorhabenbezogene Änderung, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

Hasbergen, den 06.08.2021 (SIEGEL)

gez. Elixmann
Bürgermeister

Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Hasbergen hat in seiner Sitzung am 28.11.2019 die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 09.12.2019 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Hasbergen, den 06.08.2021

gez. Elixmann
Bürgermeister

Planunterlage

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte	Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, © 2019 LGLN
Landkreis: Osnabrück	
Gemeinde: Hasbergen	
Gemarkung: Gaste	
Flur: 5	
Maßstab: 1 : 500	Antrags-Nr.: 19755

Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke gestattet. (§ 5 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen - NVermG - vom 12.12.2002, Nds. GVBl. v. 2003 Seite 5).

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 23.04.2019). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Nordhorn, den 26.07.2021

gez. Hempen
Vermessungsbüro Hempen GbR
(Siegel) Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure
Sellerbahn 7, 48529 Nordhorn

Öffentliche Auslegung

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Hasbergen hat in seiner Sitzung am 10.09.2020 dem Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 05.11.2020 ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplans mit der Begründung hat vom 17.11.2020 bis 16.12.2020 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Gemäß § 4a Abs. 2 BauGB sind gleichzeitig die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingeholt worden.

Hasbergen, den 06.08.2021

gez. Elixmann
Bürgermeister

Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Hasbergen hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 19.07.2021 als Satzung (§10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Hasbergen, den 06.08.2021

gez. Elixmann
Bürgermeister

Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 5 „Sportplatz“, 2. Vorhabenbezogene Änderung ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 11.08.2021 durch Aushang im OT Alt-Hasbergen am Rathaus, „Martin-Luther-Str.12“, im OT Gaste an der Ecke „Hauptstraße“ / „Am Sportplatz“, im OT Ohrbeck und der „Wiesestraße“ vor der Einmündung der Straße „Zum Wiesengrund“ und durch die Bereitstellung im Internet unter der Adresse www.hasbergen.de bekannt gemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am 11.08.2021 rechtsverbindlich geworden.

Hasbergen, den 11.08.2021

(SIEGEL) gez. I.V. Klein
Bürgermeister

Verletzung von Vorschriften

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind Verletzungen von Verfahrens- und Formschriften gemäß § 214 Abs. 1 BauGB oder beachtliche Verletzungen unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 1 BauGB der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gemäß § 214 Abs. 3 BauGB nicht geltend gemacht worden. Entsprechende Verletzungen oder Mängel werden damit unbeachtlich.

Hasbergen, den

.....
Bürgermeister



Übersichtskarte M. 1:20.000 © OpenStreetMap-Mitwirkende

Lagebezug: ETRS89 UTM 32N

Entwurfsbearbeitung:	Datum	Zeichen
 INGENIEURPLANUNG GmbH & Co. KG Marie-Curie-Str. 44 • 49134 Wallenhorst Tel. 05407/880-0 • Fax 05407/880-08 gez. ppa. Desmarowitz	bearbeitet	2021-07
	gezeichnet	2021-07
	geprüft	2021-07
	freigegeben	2021-07

Plan-Nummer: H:\HASBERG\219290\PLAENE\BP\bp_bplan-5-2oen_04_Ur-Abschrift.dwg(Abschrift)

	Landkreis Osnabrück GEMEINDE HASBERGEN BEBAUUNGSPLAN NR. 5 "Sportplatz", 2. vorhabenbezogene Änderung Verfahren gemäß § 13a BauGB
ABSCHRIFT	Maßstab 1 : 500